



Presseschau vom 26.06.2021

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, snanews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dnr-news, novorosinform u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken dan-news, lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir, UNIAN, Ukrinform, KorrespondenT und die Online-Zeitung Timer aus Odessa* ein. Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dan-news, lug-info, dnr-news, novorosinform u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (BigMir, Ukrinform, UNIAN, KorrespondenT und Timer) gekennzeichnet. Die Übersetzung russischer und anderer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet. Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Die Online-Version ist unter <https://alternativepresseschau.wordpress.com/> erreichbar.

Außer der Reihe – Lesetipps:

de.rt.com: Schattenkrieg tobt weiter: Drohnenangriff auf iranische Atomanlage "vereitelt"

Iranische Behörden sollen einen Sabotageangriff gegen eine Nuklearanlage in der Nähe der Hauptstadt Teheran vereitelt haben. Israelische Medien berichten von größeren Schäden. Der Vorfall ereignet sich wenige Tage nach Bekanntwerden der Notabschaltung des Kernkraftwerks Buschehr. ...

<https://kurz.rt.com/2ke5>

Dagmar Henn: Erneuter Überfall auf den oppositionellen ukrainischen Journalisten Kotsaba

Seit dem Jahr 2015 wurde Ruslan Kotsaba schon mehrmals von ukrainischen Nationalisten überfallen; sie verabscheuen den Journalisten, der sich mit einem Video gegen die Einberufung in den Bürgerkrieg wandte. Gestern Abend schlugen sie wieder zu. ...

<https://kurz.rt.com/2kf7>

Andrej Iwanowski: Lust auf Geld und Gloria? – „Tagesschau“ und „Tagesthemen“ verlieren Personal

Der nahezu gleichzeitige Wechsel mehrerer bekannter ARD-Gesichter – Linda Zervakis, Pinar Atalay und Jan Hofer – zu privaten TV-Sendern wirkt wie ein kleiner Exodus. Sie alle

begründen den Weggang mit „neuen Herausforderungen“ und „steigendem Informationsbedürfnis“ der Zuschauer. Was mag aber noch dahinterstecken? ...

<https://snanews.de/20210626/tagesschau-und-tagesthemen-verlieren-personal-2610130.html>

Tom Fowdy: Aggressionen gegen den Iran gehen weiter: USA beschlagnahmen iranische Webseiten

Die Beschlagnahmung iranischer Webseiten zeigt, dass Biden die antiiranische Politik fortzusetzen gewillt ist. Bidens Wahl sollte nach Trumps Iran-Politik eine neue Ära einläuten. Aber die Aggressionen gehen weiter – und so gibt es wenig Hoffnung in Sachen Atomabkommen. ...

<https://kurz.rt.com/2kew>

abends/nachts:

de.rt.com: Vollbewaffnete deutsche Eurofighter über Schwarzem Meer – Weitere Eskalation in Sicht?

Nicht nur die HMS Defender treibt sich in der Nähe der Krim herum – seit gestern sind zwei deutsche Eurofighter in Rumänien stationiert, die zusammen mit britischen Fliegern den Luftraum über dem Schwarzen Meer überwachen sollen.

Zwei deutsche Eurofighter des Wittmunder Luftwaffengeschwaders "Richthofen" landeten nach Pressemeldungen gestern auf dem rumänischen Militärflughafen Mihail Kogălniceanu bei Konstanza. Sie sollen zusammen mit zwei baugleichen britischen Typhoon für die NATO den Luftraum überwachen.

Der Stationierungsort liegt gerade 200 Kilometer Luftlinie von der Krim entfernt. Der Einsatz läuft im Rahmen des "Southern Air Policing", die euphemistische Bezeichnung für permanente Präsenz von NATO-Flugzeugen über dem Schwarzen Meer und in der Nähe der Krim. Offiziell lautet der Auftrag Überwachung des rumänischen Luftraums. Der Einsatz der beiden Eurofighter läuft bis zum 9. Juli.

Er hat besondere Bedeutung durch das NATO-Großmanöver, das gerade im Schwarzen Meer anläuft (und in dessen Zusammenhang auch der Vorstoß der HMS Defender erfolgte, der von Russland als Provokation verurteilt wurde). Nach Mitteilung der Bundeswehr erfolgen die Überwachungsflüge stets voll aufmunitioniert. Vor dem Hintergrund des gegenwärtigen britischen Verhaltens in der Region könnte dieser Umstand Anlass zur Beunruhigung bieten.



<https://cdn.rt.com/deutsch/images/2021.06/article/60d5ceb6b480cc06c647282a.jpg>

snanews.de: Niederlande erwägen zusätzliche Untersuchung des MH17-Absturzes

Das niederländische Außenministerium plant eine zusätzliche Untersuchung des Absturzes

des Fluges MH17 in der Ostukraine im Jahr 2014 in Erwägung zu ziehen – um festzustellen, warum Flüge am Tag des Absturzes im Land nicht verboten waren.

Die Entscheidung hat mit den Schlussfolgerungen der Flight Safety Foundation zu tun, die hitzige Diskussionen im niederländischen Abgeordnetenhaus ausgelöst haben.

„Außenministerin (Sigrid Kaag) versprach, zu einem späteren Zeitpunkt auf die Diskussion mit dem Parlament zu diesem Thema zurückzukommen. (...) Neue Informationen dazu werden im Sommer kommen“, sagte der Vertreter des niederländischen Außenministeriums, Bo de Koning, am Freitag.

„Unzureichende Ergebnisse“

Die Ergebnisse der schriftlichen Untersuchung legte die Stiftung Anfang 2021 vor. Dem Bericht zufolge wusste die ukrainische Regierung im Juli 2014 nichts von der Bedrohung der Zivilluftfahrt, als Flug MH17 über dem Kriegsgebiet in der Ostukraine abgeschossen wurde. Niederländische Parlamentarier wiesen darauf hin, dass die Informationen im Bericht der Stiftung unzureichend seien und eine zusätzliche Untersuchung angeordnet werden sollte. Die Abgeordnete Hilde Palland nannte die Ergebnisse „unzureichend“.

Amsterdam sieht Schuld am Absturz bei Moskau

Im Sommer 2020 reichten die Niederlande im Fall des Absturzes des Fluges MH17 in der Ostukraine Beschwerde beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) gegen Russland ein. Das russische Außenministerium nannte diesen Schritt einen weiteren Schlag für die russisch-niederländischen Beziehungen.

Im Dezember sagten Premierminister der Niederlande Rutte und sein australische Amtskollege Scott Morrison in einer gemeinsamen Erklärung, dass die beiden Länder weiterhin daran arbeiten werden, Russland für den Absturz zur Verantwortung zu ziehen. In Moskau wurden alle Vorwürfe der Beteiligung an der Katastrophe als unbegründet und die Ermittlungen als voreingenommen und einseitig bezeichnet.

Bei dem Flugzeugabsturz der MH17 am 17. Juli 2014 kamen 298 Menschen ums Leben, darunter 196 Niederländer und 38 Australier.



https://cdn.snanews.de/img/07e5/06/19/2624960_0:197:3001:1885_1440x0_80_0_0_19914b253645632925439d8ae56d8b83.jpg

dan-news.info: Die Zentrale Republikanische Bank der DVR kommentierte die Verhängung von Sanktionen gegen die Bankeinrichtungen der Republiken des Donbass durch Kiew. Ein Kommentar des Vorsitzenden der ZRB Andrej Petrenko ging heute in der Redaktion von DAN ein.

Am Vortrag hatte der Nationale Sicherheits- und Verteidigungsrat der Ukraine erklärt, dass die Zentrale Republikanische Bank der DVR und die Staatsbank der LVR neben solchen großen russischen Banken wie der Sberbank, der Gasprombank und WTB in die Sanktionsliste aufgenommen wurden.

„Ist die Einführung dieser Beschränkungen gegenüber der ZRB deren Anerkennung als eigenständiges Subjekt durch die ukrainische Regierung? In diesem Fall sollte der nächste Schritt von Seiten Kiews Verhandlungen im Rahmen der Kontaktgruppe um die Realisierung des Maßnahmekomplexes zur Umsetzung des finanziellen Blocks der Minsker Vereinbarung sein, nämlich die Herstellung von entsprechenden Beziehungen zwischen der Zentralen Republikanischen Bank der DVR und der Nationalbank der Ukraine und die Organisation von Zahlungen ukrainischer Renten und anderer Sozialzahlungen auf dem Territorium der Donezker Volksrepublik“, sagte Petrenko.

Er fügte hinzu, dass „dies nicht den verhängten Sanktionen widerspricht“, aber die ZRB der DVR ihrerseits „ist bereit, die Möglichkeit der Unterstützung der Nationalbank der Ukraine bei der Schaffung eines internationalen Mechanismus zur Vereinfachung solcher sozialen Überweisungen in Betracht zu ziehen“.

snanews.de: **Vor Biden-Ghani-Treffen: USA verübt Drohnenangriffe in Afghanistan – Bericht**

Die USA haben am Freitag vor dem Treffen von US-Präsident Joe Biden und seinem afghanischen Amtskollegen Ashraf Ghani die Provinzen Baghlan und Kunduz im Norden des Landes mit Drohnen bombardiert, meldet Fox News unter Berufung auf Quellen. Dabei sollen Anhänger der Taliban getötet worden sein.

Wenige Stunden vor dem geplanten Treffen der Staatsoberhäupter in Washington soll es zwei Streiks gegeben haben.

„In den Provinzen Baghlan und Kunduz, wo die Angriffe stattfanden, wurde eine unbekannte Anzahl Taliban-Kämpfer getötet“, hieß es in dem Bericht.

Der Auslandsbesuch von Ghani und dem Vorsitzenden des Obersten Rates für nationale Versöhnung, Abdullah Abdullah, findet vor dem Hintergrund der Offensive der Taliban statt, die immer mehr Positionen in Afghanistan einnehmen und die Regierungstruppen zurückdrängen. Die Leiterin der UN-Hilfsmission für Afghanistan, Deborah Lyons, hatte zuvor berichtet, dass die Taliban seit dem Abzugsbeginn der US- und Nato-Streitkräfte im Mai die Kontrolle über 50 der 370 Regionen des Landes erlangt hätten. Bis Mitte Juni haben die USA ihre Militärpräsenz in Afghanistan um mehr als die Hälfte reduziert.

Experten gehen davon aus, dass die Taliban nach dem Abzug der internationalen Truppen eine Offensive auf Kabul starten könnten. ...



https://cdn.snanews.de/img/07e5/01/0d/498206_0:170:3039:1879_1440x0_80_0_0_e5951e0da109010a98d16aac78006075.jpg

de.rt.com: **Peskow: Moskau bedauert Ablehnung des EU-Gipfels mit Russlands Teilnahme**

Moskau bedauere die Ablehnung des Gipfels mit Russland durch die EU sowie die

Entwicklung neuer Sanktionen gegen Russland. Dies hat der Pressesprecher des Präsidenten der Russischen Föderation Dmitri Peskow mitgeteilt.

Der Kreml bedauere die Weigerung der EU, einen Gipfel unter Beteiligung des russischen Präsidenten Wladimir Putin auszurichten, sowie die Entwicklung neuer Sanktionen gegen die Russische Föderation. Dies sagte Dmitri Peskow, der Sprecher des russischen Staatschefs. Peskow betonte:

"Sie wissen, dass Präsident Putin im Allgemeinen daran interessiert war und bleibt, die Arbeitsbeziehungen zwischen Moskau und Brüssel zu verbessern."

Auf die Frage, welche Seite den ersten Schritt machen solle, antwortete der Sprecher:

"Das sollte im Idealfall eine Bewegung aufeinander zu sein."

Peskow meint, es sollte einen gegenseitigen politischen Willen geben, und betont, dass die Position des russischen Staatschefs in dieser Frage äußerst klar und konsequent sei, während die Position der Europäer "unterschiedlich, nicht ganz konsequent, manchmal unverständlich" sei. Peskow merkte an, die Europäer "müssen bei der endgültigen Formulierung dieser Position noch einen gewissen Weg gehen".

Unterdessen erwarte der Kreml, dass die EU-Länder, die eine ausgewogene Vorgehensweise demonstrieren, weiterhin die Idee eines Dialogs zwischen Moskau und Brüssel fördern werden, hieß es weiter.

Der Dialog zwischen Europa und der Russischen Föderation wird dem Kremlsprecher zufolge meist von den jungen EU-Staaten abgelehnt, etwa Polen oder den baltischen Staaten, die "grundlos über die Bedrohung durch Moskau sprechen".

Die Staats- und Regierungschefs der 27 EU-Staaten konnten sich während der langen Russland-Diskussion nicht auf den Vorschlag von Bundeskanzlerin Angela Merkel und dem französischen Präsidenten Emmanuel Macron einigen, ein Gipfeltreffen zwischen der Russischen Föderation und der EU abzuhalten. Im Gegenzug beauftragten die Staats- und Regierungschefs den Europäischen Auswärtigen Dienst unter der Leitung von Josep Borrell, Möglichkeiten des Dialogs mit Russland zu bestimmten Themen von EU-Interesse auszuloten, sowie Optionen für die Einführung neuer Sanktionen gegen die Russische Föderation, auch wirtschaftlicher, zu erarbeiten, um möglichen zukünftigen Aktivitäten Russlands entgegenzuwirken, die sie als schädlich ansehen.



<https://cdn.rtr.de/deutsch/images/2021.06/article/60d5ee3748fbef678273223b.jpg>

de.rtr.de: **Von wegen Gipfel mit Russland – Kiew lädt Botschafter Frankreichs und Deutschlands vor**

Die Forderung einer Gesprächsinitiative der EU bezüglich Russland von Bundeskanzlerin Merkel und dem französischen Präsidenten Macron hat in Kiew ein Nachspiel. Die Botschafter beider Länder wurden vorgeladen. Laut Kiew stehen nationale Interessen auf dem Spiel.

Auf Anweisung des ukrainischen Außenministers Dimitri Kuleba wurden der deutsche und der französische Botschafter ins Außenministerium der Ukraine geladen, um die Initiative zur Wiederherstellung eines EU-Russland-Gipfels zu besprechen, hieß es am Freitag in einer Erklärung des ukrainischen Außenministeriums. Laut Kiew verstößt diese Initiative "gegen die EU-Sanktionspolitik". Kuleba bezeichnete den Vorschlag Frankreichs und Deutschlands als grobe Verletzung der nationalen Interessen der Ukraine.

Den Angaben zufolge haben die Leiter der ausländischen diplomatischen Vertretungen beteuert, dass dies nur eine Idee war, "die im Zusammenhang mit der Betrachtung der EU-Strategie gegenüber Russland auf dem Europäischen Rat am 24. Juni diskutiert werden sollte", doch wurde diese am Ende nicht unterstützt. Die Botschafter hätten weiter bestätigt, dass Deutschland und Frankreich "unerschütterliche Freunde der Ukraine" sind und dass diese Länder "ihre Bemühungen zur Wiederherstellung der territorialen Integrität und Souveränität der Ukraine fortsetzen".

Am Mittwoch berichtete die Financial Times unter Berufung auf Quellen in diplomatischen Kreisen, dass Berlin und Paris ein Treffen zwischen den EU-Staats- und Regierungschefs und dem russischen Präsidenten Wladimir Putin vorgeschlagen hätten. Der Vorschlag von Bundeskanzlerin Angela Merkel und Frankreichs Präsident Emmanuel Macron für ein Gesprächsformat mit Moskau war jedoch auf dem EU-Gipfel von Vertretern mehrerer Mitgliedsstaaten abgeschmettert worden. Vor allem Vertreter osteuropäischer Staaten, aber auch andere wie der niederländische Ministerpräsident Mark Rutte hatten sich Berichten zufolge dagegen ausgesprochen.

Merkel machte keinen Hehl daraus, dass sie ein neues Gesprächsangebot gen Moskau für angebracht gehalten hätte. "Ich persönlich hätte hier mir einen mutigeren Schritt gewünscht", sagte sie. Merkel verwies darauf, dass auch US-Präsident Joe Biden gerade erst mit dem russischen Staatschef Wladimir Putin in Genf gesprochen habe, auch, um kontroverse Fragen zu diskutieren. Aus ihrer Sicht sollte die EU souverän agieren und Formate finden, um wieder mit Russland zu reden. "Denn wir wollen ja auch eine geeinte Meinung in unserem Verhältnis bezüglich Russland haben", so Merkel. Derartige Initiativen seien nicht als "Belohnung" zu interpretieren, sondern es habe immer schon, auch unter den schwierigsten Bedingungen, Gesprächskanäle gegeben.

In einer Gipfelerklärung aus Brüssel hieß es, dass die EU-Staats- und Regierungschefs ein "Format und die Bedingungen des Dialogs mit Russland ausloten werden", ein Gipfel wurde nicht erwähnt. Vielmehr soll es laut der Gipfelerklärung vom Freitag "auf jede weitere böswillige, rechtswidrige und disruptive Aktivität Russlands" künftig eine entschlossene und koordinierte Reaktion geben. Dafür werde ein Plan für Strafmaßnahmen erarbeitet, der auch Wirtschaftssanktionen umfasst. Die EU müsse die ihr zur Verfügung stehenden Instrumente in vollem Umfang nutzen, heißt es in der Erklärung zum Treffen der Staats- und Regierungschefs in Brüssel.

Kuleba nannte die Absage der EU-Staats- und Regierungschefs an den deutsch-französischen Vorschlag zur Wiederaufnahme eines EU-Russland-Gipfels einen Sieg. Der ukrainische Außenminister hatte am Donnerstag gegenüber dem Hohen Vertreter der EU für Außen- und Sicherheitspolitik Josep Borrell seine tiefe Besorgnis über die Idee der Wiederaufnahme des EU-Russland-Gipfels zum Ausdruck gebracht.

vormittags:

rusvesna.su: **Ist Selenskij ein Agent des Kremls?**

Selenskij hat den Wählern Frieden versprochen, bereitet sich aber auf einen Krieg mit vorhersehbarem Ergebnis vor. Offensichtlich versteht er, dass die in der Ukraine lebenden Russen nur durch den Krieg von der Banderiten-Besatzung befreit werden können. Er kaufte

keine weiteren Panzer für die Streitkräfte der Ukraine oder baute die Produktion von Granaten auf, sondern bewies als PR-Meister, dass die ukrainische Armee die beste der Welt ist. In diesem Fall wird niemand sagen, dass Putin die "Armen" beleidigt. Die Ausbildung der ukrainischen Streitkräfte durch NATO-Offiziere ohne Siegeserfahrung ist ein direkter Weg zur Niederlage. Selenskij legitimiert Russlands Operation, die Ukraine zum Frieden zu zwingen, mit aggressivem Verhalten im Donbass und Erklärungen zur NATO-Mitgliedschaft. Er zieht die Hauptangriffsgruppen näher an die Krim und den Donbass, was Russland Militärausgaben spart.

Er verkauft Land an Ausländer, was den Kampfwillen der darauf lebenden Menschen verringert.

Das Verbot der russischen Sprache, die das Potenzial für Geheimdienst- und Informationskriege verringert, erhöht die Zahl der Gärtner, die Blumen anbauen, um die Gewinner zu treffen. Er heroisiert die Nazis, was es denen erleichtert, die Entscheidungen treffen und umsetzen.

Es ist eine Sache, Menschen zu bombardieren, und eine andere, Nazi-Hunde zu bombardieren.

Er treibt einen Keil zwischen die USA und die EU, indem er den Europäern unzureichende Hilfe für die Ukraine vorwirft.

Die Schaffung von territorialen Verteidigungsabteilungen, die von den lokalen Behörden finanziert werden, ist der Weg zur Konföderation, und die Selbstverteidigung Kiews, die auf Abteilungen basiert, die aus den in großer Zahl gekommenen Truppen gebildet werden, ist der Weg zum Banditentum, aber nicht zu einer effektiven Verteidigung.

Er zahlt keine Auslandsschulden an Russland und vertröstet den IWF, was das Verfahren zur Streichung der Auslandsschulden Kiews nach dem Sieg erleichtert.

Außergerichtliche Schließungen von Fernsehsendern und Beschlagnahme von Eigentum erleichtern den Gewinnern die Schaffung einer neuen Informationsumgebung und die Umverteilung von Eigentum.

...

Wenn er schlauer wäre, hätte er alle Ressourcen auf die Stärkung der Ukraine innerhalb der bestehenden Grenzen geworfen und sich mit Russland über die Bedingungen für Handel, Transit und Zugang zu Seehäfen geeinigt.

Valentin Dneprow



https://rusvesna.su/sites/default/files/styles/node_pic/public/press-konferenciya_zelenskiy_kiev3.jpeg

Telegram-Kanal der Vertretung der LVR im GZKK: Am 25. Juni 2021 wurde keine Verletzung des Regimes der Feueereinstellung von Seiten der bewaffneten Formationen der Ukraine festgestellt.

de.rt.com: Peking reicht bei WTO weitere Beschwerde über Australiens Zollpraktiken ein

China legt bei der Welthandelsorganisation Beschwerde gegen historisch hohe Zölle ein, die Australien im Rahmen eines harten Vorgehens gegen unfaire Handelspraktiken für die Einfuhr drei spezifischer Produkte aus China verlangt.

Gao Feng, Sprecher des chinesischen Handelsministeriums, teilte am Donnerstag mit, dass Peking bei der Welthandelsorganisation Beschwerde gegen zusätzliche Zölle einlegen wird, die australische Behörden auf den Import von Eisenbahnradern, Windkraftanlagen und Edelstahlspülen aus China erhoben haben. Er erklärte:

"China hofft, dass die australische Seite konkrete Maßnahmen ergreift, um die falschen Praktiken zu korrigieren und Verzerrungen im Handel mit ähnlichen Produkten zu vermeiden, damit der Handel so schnell wie möglich wieder in normale Bahnen gelenkt werden kann."

Der australische Handelsminister Dan Tehan sagte, Canberra sei von der Maßnahme Pekings überrascht und habe keine vorherige Benachrichtigung über die geplante Beschwerde bei der WTO erhalten. Reportern sagte er, der normale Lauf der Dinge sei, dass man über das zuständige WTO-Komitee oder die bilateralen Vertreter über die Bedenken Chinas bezüglich der eingeführten Maßnahmen informiert werde. Zudem fragte Tehan:

"Warum haben sie diese Maßnahmen jetzt ergriffen?"

Tehan hob hervor, dass die betreffenden Zölle bereits in den Jahren 2014, 2015 und 2019 eingeführt worden waren, um Dumping-Praktiken entgegenzuwirken, bei denen Produkte auf dem ausländischen Markt billiger als auf dem heimischen Markt des Herstellers angeboten werden, sowie den Subventionen die chinesischen Firmen einen unfairen Vorteil gegenüber der australischen Konkurrenz verschaffen.

Die Beziehungen zwischen den beiden Nationen befinden sich aktuell auf dem schlechtesten Stand seit Jahrzehnten. Canberra hat bereits bei der WTO Einspruch gegen zwei chinesische Maßnahmen eingelegt, die erhebliche Zölle auf australischen Wein und Gerste vorsehen. Canberra bezeichnet das Vorgehen Chinas als "wirtschaftliche Nötigung".

Vergangene Woche beschwerte sich Australien bei der WTO über benachteiligende chinesische Zölle, die im Jahr 2020 auf australischen Wein eingeführt wurden. China behauptet, der Wein werde unter dem Einstandspreis verkauft.

Die Forderung des australischen Premierministers Scott Morrison nach einer unabhängigen Untersuchung der Herkunft von COVID-19 sorgte für eine weitere Verschlechterung der Beziehungen zwischen den beiden Nationen.



<https://cdn.rt.com/deutsch/images/2021.06/article/60d5e7a848fbef4ff87a8d09.JPG>

dnr-sckk.ru: Täglicher Bericht über Verletzungen des Regimes der Feueinstellung für den Zeitraum vom 25. Juni 3:00 Uhr bis 26. Juni 3:00 Uhr

Die Vertretung der Donezker Volksrepublik im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination teilt mit: In den letzten 24 Stunden betrug die Gesamtzahl der Verletzungen des unbefristeten Regimes der Feueinstellung von Seiten der BFU 5.

Das Territorium der DVR wurde in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie der Vereinbarungen über einen Waffenstillstand mit folgenden Waffen beschossen:

(Es folgt eine genaue Auflistung der eingesetzten Waffensysteme - Anm. d. Übers.)

In der Beschusszone von Seiten der BFU befanden sich folgende Bezirke/Ortschaften:

Wesjoloje, Losowoje, Nowaja Marjewka, Leninskoje.

Die Versuche der DVR im GZKK, den Koordinationsmechanismus zur operativen Herstellung von Ruhe zu den Verletzungen des Regimes der Feueinstellung einzusetzen, wurden von der ukrainischen Seite im GZKK ignoriert. Auf alle unsere Anfragen kam unverändert die Antwort: Wir bestätigen den Beschuss nicht, wir halten das Regime der Feueinstellung ein.

Opfer unter der Zivilbevölkerung wurden im Berichtszeitraum nicht festgestellt.

Die Gesamtzahl der von den BFU abgefeuerten Geschosse beträgt 27.

In den vorangegangenen 24 Stunden wurden 4 Verletzungen des Regimes der Feueinstellung von Seiten der BFU festgestellt.

rusvesna.su: Die ukrainischen Streitkräfte begannen einen massiven Beschuss, die Armee der DVR antwortet

Seit der Nacht zum 26. Juni haben ukrainische Strafruppen den Beschuss der DVR intensiviert.

Nach Angaben der Vertretung der DVR im GZKK und im Verhandlungsprozess standen heute die Siedlungen Donezk, Staromichailowka und Saitschenko unter massivem Mörserbeschuss der ukrainischen Streitkräfte.

„Seit 05:30 Uhr haben die bewaffneten Verbände der Ukraine etwa 50 Geschosse mit einem Kaliber von 120 mm abgefeuert.

Der Feind feuerte aus drei Richtungen - Talakowka, Peski, Krasnogorowka.

Wiederholte Versuche, den Koordinierungsmechanismus zu nutzen, wurden von der ukrainischen Seite im GZKK ignoriert, woraufhin gemäß Absatz „e“ der Maßnahmen zur Stärkung des Waffenstillstandsregimes Gegenfeuer eröffnet wurde, um die Feuerstellungen des Gegners zu unterdrücken.

Daten zu Beschädigungen und Zerstörungen werden noch ermittelt“, sagte der Vertreter der Republik.



https://rusvesna.su/sites/default/files/styles/orign_wm/public/minometnyy_obstrel_vsu.jpg

Lug-info.com: In der LVR sind am 26. Juni um 9:00 Uhr 5097 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert und bestätigt. Davon wurden bis 4448 Personen nach zwei negativen Tests als vollständig genesen entlassen. Seit Beginn der Pandemie gibt es 473 Todesfälle.

de.rt.com: **Forschungszentrum Wektor entdeckt mehr als 16.000 potenzielle Corona-Mutationen in Russland**

Wissenschaftler am staatlichen Forschungszentrum für Virologie und Biotechnologie Wektor weisen mehr als 16.000 potenzielle Corona-Mutationen in Russland nach, so der Generaldirektor des Instituts Rinat Maksjutow am Donnerstag.

Vor dem Hintergrund der wachsenden Bedrohung durch die weltweite Verbreitung neuer Corona-Stämme hat am Donnerstag in Sotschi die dritte Internationale wissenschaftliche Konferenz unter dem Motto "Globale Bedrohungen der Biologiesicherheit. Probleme und Lösungen" stattgefunden. Dabei präzisierte der Chef des Wektor-Instituts Rinat Maksjutow, dass die Forscher des Zentrums mittlerweile insgesamt mehr als 16.000 Mutationen des Coronavirus SARS-CoV-2 in Russland entdeckt haben. Diesbezüglich betonte er der Nachrichtenagentur TASS zufolge:

"Einer solchen Vielfalt an Virus-Varianten kann nur durch eine flächendeckende Massenimpfung entgegengewirkt werden."

Maksjutow fügte hinzu, dass auch Experten aus dem Ausland diese Meinung vertreten würden. Dabei erinnerte er daran, dass der Corona-Impfstoff EpiVacCorona, der vom Wektor-Zentrum nahe Nowosibirsk entwickelt wurde, einen effektiven Schutz gegen alle bekannten Varianten des Virus, darunter auch die am meisten besorgniserregenden Stämme "Delta" und "Delta Plus", bietet. Ermöglicht werde dies dank der Resistenz der Corona-Peptide, auf denen das Präparat basiert. Diese seien gegen die Virusmutationen besonders widerstandsfähig. Zuvor hatte die Chefin der russischen Verbraucherschutzbehörde Rospotrebnadzor Anna Popowa bekannt gegeben, dass der als "indische Variante" bekannte Delta-Stamm des Coronavirus inzwischen in fast 90 Ländern weltweit nachgewiesen wurde. Neben der höheren Ansteckungsgefahr im Vergleich zur ursprünglichen Wuhan-Variante stellt der Delta-Stamm wegen der Schwächung der Antikörper bei Geimpften und Genesenen ein besonderes Risiko vor allem für Menschen im Alter zwischen 20 und 49 Jahren dar.

Kürzlich wurde eine weitere ebenfalls aus Indien stammende Corona-Variante "Delta Plus" von Neu-Delhi als besorgniserregend eingestuft. Laut Angaben der russischen Vize-Ministerpräsidentin Tatjana Golikowa wurden in Russland bisher keine Fälle der Ansteckung mit der neuen Delta-Plus-Variante nachgewiesen.

Inmitten der dritten Pandemiewelle hat Russland mittlerweile mit einer enorm gestiegenen Infektionsrate zu kämpfen. Am Donnerstag wurden in Russland erstmals seit Ende Januar mehr als 20.000 Neuinfektionen innerhalb eines Tages registriert. Knapp die Hälfte davon entfiel auf die russische Hauptstadt. Die Zahl der testpositiven Todesfälle belief sich auf 568, was ebenfalls den höchsten Wert seit fast fünf Monaten darstellte.



<https://cdn.rtr.de/deutsch/images/2021.06/article/60d4be03b480cc07040c1369.jpg>

Mzdnr.ru: Am 25. Juni wurden in der DVR 593 Tests auf Coronavirusinfektion durchgeführt, davon waren 166 positiv, bei 73 Patienten wurde die Diagnose COVID-19 klinisch festgestellt.

Am 26. Juni um 10:00 Uhr sind in der DVR insgesamt 42.743 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert.

3773 Patienten sind derzeit in Behandlung (stationär und ambulant), 35.752 als gesund entlassen, es gibt 3218 Todesfälle.

In den letzten 24 Stunden wurden 81 Fälle von Lungenentzündung festgestellt, 22 mehr als am vorangegangenen Tag. Davon wurden 62 ins Krankenhaus eingewiesen. Insgesamt sind 1046 Patienten mit Lungenentzündung in Behandlung, davon 547 mit Sauerstoffunterstützung (+13 in den letzten 24 Stunden).

Insgesamt wurden seit dem 18. März 2021 1954 Patienten entdeckt, die bereits eine Covid-19-Erkrankung durchgemacht hatten.

snanews.de: „Gefahr ist relativ groß“: Schäuble warnt vor Wahlbeeinflussung aus dem Ausland

Drei Monate vor der Bundestagswahl befürchtet Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble (CDU) den Versuch der Einflussnahme aus dem Ausland auf den kommenden Wahlkampf und die Meinungsbildung. Ihm bereite vor allem Sorgen, dass sich viele Deutsche überwiegend über ausländische Medien informieren.

„Wir wissen, was mit Fake News alles angestellt werden kann. Und wir wissen aus der Erfahrung zurückliegender Wahlen in anderen Ländern, dass hier ein richtiger Propagandakrieg geführt wird“, sagte Schäuble der Deutschen Presse-Agentur in Berlin. „Die Gefahr ist relativ groß“, fügte der 78-Jährige hinzu, der bei der Bundestagswahl am 26. September wieder kandidieren wird.

Wer hinter den Angriffen steht, ist laut Schäuble nicht immer genau klar. Denn: Selbst wenn es „immer wieder relativ klare Spuren“ gebe, würden die Verdächtigen die Beschuldigungen immer zurückweisen, stellte der Bundestagspräsident fest.

„Was mir konkret Sorgen macht, ist, dass es einen relativ großen Teil der Bevölkerung gibt, der zwar an sich gut integriert ist, aber sich – was legitim ist – teils oder überwiegend aus ausländischen Medien informiert.“

Als Beispiel verwies er auf Medien wie Russia Today. Dieses sei „ganz offensichtlich kein Sender, der den Grundsätzen von Medienfreiheit auch nur annähernd entspricht.“ „Insofern hat der Zustand der Pressefreiheit in Ländern wie Russland oder der Türkei auch Einfluss auf Wählerinnen und Wähler in Deutschland“, fuhr der CDU-Politiker fort.

Er räumte ein, dass es nicht ganz einfach sei, dem gesellschaftlich entgegenzuwirken. Aber man könne möglicherweise über russischsprachige Influencer in den sozialen Netzwerken etwas bewirken und für die Gefahren der Manipulation und Propaganda sensibilisieren. Bei Desinformationskampagnen im Inland müsse die Gesellschaft in gleicher Weise auf Information, Vertrauen und die Kraft der kritischen Debatte setzen. „Wir müssen uns der Gefahr bewusst sein, dürfen nicht müde werden und vor allem niemanden verloren geben“, so Schäuble.



https://cdn.snaneews.de/img/07e4/0c/19/284506_0:224:2847:1825_1440x0_80_0_0_491c909c4b83123206acdb6dfe95f30f.jpg

Dnronline.su/dan-news.info: Heute fand an der „Allee der Helden“ im Park des Leninschen Komsomol der Hauptstadt eine **Gedenkveranstaltung aus Anlass des Geburtstags des ersten Oberhauptes der DVR Alexandr Sachartschenko** statt.

An der Veranstaltung nehmen der Vorsitzende des Volkssowjets der DVR Wladimir Bidjowka, Leiter von Ministerien, von Stadtverwaltungen, Verwandte und Freunde des getöteten Helden der DVR, Kameraden und Einwohner der Stadt teil.

Die Versammelten ehren das Andenken des ersten Oberhauptes der Republik und legen Blumen an seiner Büste nieder.

Wladimir Bidjowka merkt an, dass Alexandr Sachartschenko ein wirklicher Führer war, der das Volk hinter sich hatte.

„Alexandr Wladimirowitsch Sachartschenko war für uns alle nicht nur das Staatsoberhaupt, ein Funktionsträger, er war ein wirklicher Vater für unsere Republik, ein Führer. Gerade Alexandr Wladimirowitsch verwandelte versprengte Abteilungen von Milizen in eine siegreiche Armee, die das ganze Volks hinter sich hatte, wie auch er selbst. Darin liegt sein grundlegendes Verdienst.

Er war nicht nur ein Staatsoberhaupt, er war ein Symbol des Kampfes der Donezker Volksrepublik gegen den ukrainischen Faschismus. Ich bin überzeugt, dass er als ein so starker, gerechter und großer Mensch im Gedächtnis nicht nur unserer Generation, sondern auch unserer Kinder und Enkel bleiben wird. Er hat seinen Namen auf immer mit goldenen Buchstaben in die Geschichte der Donezker Volksrepublik und der ganzen russischen Welt geschrieben, denn er war an der Front, die die Interessen und Ideale der Russischen Welt

nicht nur hier, im Donbass, sondern in der ganzen Welt verteidigte.

Ewiges Andenken Alexandr Wladimirowitsch. Der Donbass wird ihn nie vergessen“, sagte der Sprecher des Parlaments. ...

„Es ist schwer über Alexandr Wladimirowitsch in der Vergangenheit zu sprechen. Er war ein Mensch, der keine Angst hatte, im Jahr 2014 Verantwortung für die Republik und die Einwohner zu übernehmen, sich die Last aufzuerlegen, ohne irgendwelche Erfahrung in der Leitung eines Staats zu haben. Und wir haben alle gesehen, dass er die Interessen der Bürger nicht nur im zivilen, politischen Bereich, sondern auch an der vordersten Verteidigungslinie verteidigte.

Wenn man mich fragt, wie er war, antworte ich, das er echt war. Ohne Lüge und Falschheit, ein einfacher Donezker Junge. Und so verhielt er sich uns gegenüber, den Soldaten, er kämpfte auf gleicher Höhe mit uns und hatte die Menschen hinter sich. Das Volk des Donbass liebt Alexandr Wladimirowitsch, er lebt auch jetzt in unseren Herzen, sagte der Abgeordnete des Volkssowjets der DVR Alexandr Bykadorow.

Zuvor hatte das Oberhaupt der DVR Denis Puschilin auf seiner Seite geschrieben:

„Alexandr Wladimirowitsch Sachartschenko wäre heute 45 Jahre alt geworden... Aber sein Lebensweg wurde durch den Krieg zerrissen. Vom Beginn des Konflikts an wusste er, dass er sterben könnte, aber das hat ihn nie aufgehalten. Er tat immer, was nötig war, erfüllte leidenschaftlich seine Pflicht auf dem Posten des ersten Oberhauptes der Donezker Volksrepublik.

Er fürchtete nie die Verantwortung und verteidigte entschieden seine Position und die Positionen des Donbass an beliebigen Orten und unter beliebigen Bedingungen – auf dem Kampffeld und am Verhandlungstisch. Er erwarb sich damit nicht nur den Respekt der Einwohner des Donbass. Seine Treue zur Heimat, zu seiner Wahl, zu Ideen ruft Respekt hervor. Und wie viele Jahre auch vergehen, wir werden uns an seine heldenhaften Taten erinnern.“



https://dan-news.info/wp-content/uploads/2018/08/dan-news.info-2018-08-31_15-44-39_599236-dan-news.info-2018-06-12_13-58-54_407878-dsc_5281-1024x683.jpg

de.rt.com: **Grenzübergang Bab al-Hawa: USA beharren auf Verletzung der syrischen Souveränität**

Die USA wollen weiterhin den Grenzübergang Bab al-Hawa an der syrischen Grenze zur Türkei nutzen, über den die syrische Regierung keine Kontrolle hat. Russland will, dass Syrien Kontrolle über alle seine Grenzen wiedererlangt und auch alle Hilfslieferungen über Damaskus abgewickelt werden.

Diese Woche kam es erneut zu einem Streit zwischen den Diplomaten der westlichen Staaten

und der Russischen Föderation im UN-Sicherheitsrat und zwar über Hilfslieferungen zum Grenzübergang Bab al-Hawa in den von Rebellen gehaltenen Korridor an der Grenze zur Türkei in Nordwestsyrien, berichtet AP. Bab al-Hawa ist der letzte von ehemals vielen Grenzübergängen, über die "Hilfslieferungen" in Gebiete im Norden Syriens gebracht worden sind, die nicht vom syrischen Staat kontrolliert werden.

Der russische UN-Botschafter Wassili Nebensja hob in der Sitzung die Bedeutung der Stärkung von Souveränität und territorialer Integrität Syriens hervor und bestand darauf, dass jegliche Hilfe über Damaskus erfolgen könne und solle. Er warf sowohl den UN und insbesondere dem Westen vor, im vergangenen Jahr nichts unternommen zu haben, um die Lieferungen über die syrische Regierung zu fördern. Nebensja betonte, dass es keinen Sinn habe, über eine Verlängerung des Mandats für den letzten verbleibenden Grenzübergang an der türkischen Grenze in den Nordwesten von Idlib zu sprechen. Am 10. Juli läuft eine Resolution des UN-Sicherheitsrates aus, die "humanitäre Hilfe" von der Türkei in die nordwestsyrische Provinz Idlib über Bab al-Hawa ermöglichen soll.

Die US-Botschafterin Linda Thomas-Greenfield, die Anfang Juni den türkischen Grenzübergang Bab Al-Hawa besuchte, sagte dazu, die Vereinigten Staaten seien bereit, daran zu arbeiten, die Hilfe für Syrer über Grenzen und Konfliktlinien hinweg auszuweiten. Sie behauptete, ohne ein grenzüberschreitendes Hilfsprogramm "werden mehr Syrer sterben". Es gebe keinen Plan B, betonte Thomas-Greenfield: "Der Plan B soll weiter auf die Verlängerung des Mandats drängen."

Syrien und Russland wollen das Mandat ersatzlos auslaufen lassen, da es die Souveränität des syrischen Staates offensichtlich verletzt. Drei andere Grenzübergänge, über die die syrische Regierung ebenfalls keine Kontrolle hatte, wurden mittlerweile bereits geschlossen.

Die USA forderten bereits im UN-Sicherheitsrat insbesondere Russland dazu auf, die Genehmigung für den Grenzübergang Bab al-Hawa an der türkischen Grenze zu verlängern und zudem die zwei weiteren Grenzposten in dem von Rebellen besetzten Nordwesten und von Kurden besetzten Nordosten Syriens wieder zu öffnen.

Der russische UN-Botschafter Nebensja erwiderte, Russland habe seinerzeit der Resolution zugestimmt, weil Syrien vom Terrorismus heimgesucht worden war. Er erklärte, Damaskus habe seither fast 90 Prozent seines Territoriums zurückerobert und versuche nun, das Leben des syrischen Volkes im eigenen Land zu verbessern. "Unter diesen Bedingungen ist der grenzüberschreitende Mechanismus ein bloßer Anachronismus", fügte er hinzu.

Nach mehr als einem Jahrzehnt des Krieges ist die Provinz Idlib die letzte Hochburg der dschihadistischen Milizen, die größtenteils von Hai'at Tahrir asch-Scham, einem radikal-islamistischen Bündnis verschiedener Milizen, kontrolliert wird. Über den Grenzübergang Bab al-Hawa wurden in letzter Zeit auch mehrfach in entgegengesetzter Richtung syrische Ressourcen illegal ins Ausland geschmuggelt.

2014 hatte der UN-Sicherheitsrat beschlossen, damals vier Grenzübergänge nach Nordwestsyrien zu öffnen, um die Menschen dort mit dem Nötigsten versorgen zu können. Russland argumentiert jedoch jetzt, dass nun alle diese Lieferungen effektiv über die Regierung in Damaskus abgewickelt werden könnten.



<https://cdn.rt.com/deutsch/images/2021.06/article/60d5cd4148fbef061a6dffaf.JPG>

nachmittags:

de.rt.com: Kolumbien: Unbekannte beschießen Hubschrauber mit Präsident Duque und mehreren Ministern an Bord

Wie das kolumbianische Nachrichtenmagazin Semana berichtet, beschossen am Freitag in Kolumbien Unbekannte einen Regierungshubschrauber mit Präsident Iván Duque an Bord. Der Vorfall ereignete sich am Nachmittag am Himmel über dem östlichen Departamento de Norte de Santander. Niemand an Bord wurde verletzt.

Ein Hubschrauber mit dem kolumbianischen Präsidenten Iván Duque war am Freitag von unbekannten Angreifern beschossen worden, als er den östlichen Teil der südamerikanischen Republik überflogen hatte. Dies berichtet das Nachrichtenmagazin Semana.

Der Vorfall ereignete sich im Departamento de Norte de Santander. Sechs Kugeln trafen die Karosserie des Hubschraubers. An Bord des Flugzeugs befanden sich auch Verteidigungsminister Diego Molano und Innenminister Daniel Palacios. Niemand an Bord wurde verletzt.

Im Zusammenhang mit dem Vorfall wurde auf der Twitter-Seite der Präsidialverwaltung ein Video einer Rede gepostet. Darin nannte Duque den Angriff feige.

Die kolumbianischen Behörden leiteten eine Untersuchung des Vorfalls ein. Duque betonte, dass die Behörden weiterhin alle im Land tätigen kriminellen Gruppen bekämpft werden.



<https://cdn.rt.com/deutsch/images/2021.06/article/60d6e5d448fbef67827322cb.JPG>

snanews.de: Ukraine tritt für Uiguren ein – Peking droht Kiew mit Stopp von

Impfstofflieferungen

China soll der Ukraine angedroht haben, Covid-19-Impfstoffe zurückzuhalten, falls Kiew seine Unterstützung für ein Dokument mit der Forderung nach einer stärkeren Kontrolle der Menschenrechte im Uigurischen Autonomen Gebiet Xinjiang nicht zurückzieht. Dies berichtete die Nachrichtenagentur AP unter Verweis auf Diplomatenkreise.

Zunächst schloss sich die Ukraine einer von Kanada am Dienstag beim Menschenrechtsrat in Genf unterbreiteten Stellungnahme an, die China aufforderte, unabhängigen Beobachtern sofortigen Zugang zu Xinjiang zu gewähren.

Am Donnerstag habe die Ukraine ihren Namen von der Liste mit mehr als 40 Ländern zurückgezogen, die die Erklärung unterstützt hätten, heißt es weiter. Zuvor hätten die chinesischen Behörden Kiew gewarnt, dass sie eine geplante Lieferung von mindestens 500.000 Impfdosen an die Ukraine blockieren würden, falls die ukrainische Regierung dies nicht täte, berichtete die Nachrichtenagentur unter Berufung auf Diplomaten aus zwei westlichen Ländern. Die Beamten sollen unter der Bedingung der Anonymität gesprochen haben, weil sie nicht bevollmächtigt seien, die Angelegenheit öffentlich zu diskutieren. Das osteuropäische Land hatte eine Lieferung von 1,9 Millionen Dosen des Impfstoffs Coronavac von der chinesischen Firma Sinovac Biotech vereinbart. Nach Angaben des Gesundheitsministers Maxim Stepanow erhielt die Ukraine bis Anfang Mai bereits 1,2 Millionen Impfstoffdosen.

Westliche Länder, Menschenrechtsorganisationen und Medien haben in letzter Zeit Chinas Politik in Xinjiang zunehmend stark kritisiert. Die EU, die USA, Kanada und Großbritannien warfen China vor, die Rechte von Uiguren in Xinjiang verletzt, ethnische Minderheiten unterdrückt sowie Zwangsarbeit verwendet zu haben, und verhängten Sanktionen gegen China. Die USA behaupteten, Chinas Vorgehen gegen die Uiguren könne als Völkermord eingestuft werden. Peking weist alle Vorwürfe kategorisch zurück.



https://cdn.snnews.de/img/07e5/06/1a/2628215_0:164:1918:1243_1440x0_80_0_0_8045d80896cc47031ce0f8af965886be.jpg

Armiyadnr.su: **Pressekonferenz des offiziellen Vertreters der Volksmiliz am 26.06.2021**

Die ukrainische Seite verletzt weiter ihre Verpflichtungen.

So wurden **in den letzten 24 Stunden fünf Verletzungen des zweiten Punkts des Komplexes von Zusatzmaßnahmen** zur Kontrolle der Einhaltung des Regimes der Feueereinstellung von Seiten der ukrainischen Kämpfer festgestellt. Der Gegner hat 26 Geschosse auf Ortschaften der Republik abgefeuert.

In **Richtung Donezk** haben Kämpfer der 58. Panzergrenadierbrigade der ukrainischen Streitkräfte von den Positionen im Gebiet von Peski aus zweimal das Feuer mit 120mm-Mörsern und Unterlaufgranatwerfern auf **Wesjoloje** und **Losowoje** eröffnet.

In **Richtung Mariupol** haben Kämpfer der 93. mechanisierten Brigade der ukrainischen Streitkräfte von den Positionen im Gebiet von Granitnoje aus **Nowaja Marjewka** mit einem

120mm-Mörser beschossen.

Straftruppen der 128. Gebirgss Sturmbrigade haben von den Positionen in Wodjanoje zweimal das Feuer mit 120mm-Mörsern und Unterlaufgranatwerfern auf **Leninskoje** eröffnet.

Seit Beginn des heutigen Tages hat der Gegner **vier Feuerprovokationen** begangen.

In **Richtung Donezk** haben Kämpfer der 58. Panzergrenadierbrigade der ukrainischen Streitkräfte von den Positionen im Gebiet von Peski aus das Feuer mit 120mm-Mörsern auf das **Gelände des Volvo-Zentrums** von Donezk eröffnet und 20 Mörsergeschosse abgefeuert. Straftruppen der 28. mechanisierten Brigade haben von den Positionen in Krasnogorowka aus zweimal **Staromichajlowka** beschossen und 17 Mörsergeschosse mit 120mm-Mörsern abgefeuert.

In **Richtung Mariupol** haben Straftruppen der 128. Gebirgss Sturmbrigade von den Positionen im Gebiet von Talakowka aus 12 120mm-Mörsergeschosse in Richtung **Saitschenko** abgefeuert.

Insgesamt wurden **seit Beginn des heutigen Tages** von den bewaffneten Formationen der Ukraine **etwa 50 Mörsergeschosse des Kalibers 120mm** abgefeuert.

Die Verstöße wurden operativ den Vertretern der ukrainischen Seite im GZKK zur Kenntnis gegeben, um rechtzeitig Maßnahmen gegen die an der Verletzung des Waffenstillstands Schuldigen zu ergreifen und um die Fälschung von Berichtsdaten über Verletzungen des Regimes der Feueereinstellung von Seiten der ukrainischen Kämpfer zu verhindern.

Die Versuche der Vertretung der DVR im GZKK, den Koordinationsmechanismus zur operativen Herstellung von Ruhe in allen Fällen von Verletzungen des Regimes der Feueereinstellung einzusetzen, wurden von der ukrainischen Seite ignoriert und auf alle Anfragen kamen Erklärungen: „Wir bestätigen den Beschuss nicht, wir halten das Regime der Feueereinstellung ein“.

Danach waren die **Einheiten der Volksmiliz der DVR**, um die Zivilbevölkerung entsprechend Punkt „e“ der Maßnahmen gegen Beschuss der ukrainischen Kämpfer zu schützen, **gezwungen, das Feuer mit nicht von den Minsker Vereinbarungen verbotenen Waffen zu erwidern und die Feueraktivität des Gegners zu unterdrücken.**

Es wurde entdeckt, dass in Verletzung des dritten Punktes der Zusatzmaßnahmen 13 Stück **Waffen und Militärtechnik der BFU in der Nähe von Wohnhäusern und kommunalen Objekten** auf dem von der Ukraine kontrollierten Territorium stationiert sind.

Aus dem Bestand der 10. Gebirgss Sturmbrigade:

zwei Schützenpanzerwagen in der Nähe eines privaten Wohnhauses in Nowgorodskoje.

Aus dem Bestand der 72. mechanisierten Brigade:

ein Abwehrgeschütz „Tunguska“ in einem Wohngebiet von Otscheretino;

drei Schützenpanzerwagen in der Nähe von Wohnhäusern in der Sowjetskaja-Straße in Troizkoje;

ein Abwehrraketekomplex „Strela-10“ am nordöstlichen Rand von Kalinowo.

Aus dem Bestand der 58. Panzergrenadierbrigade:

zwei Panzertransporter in einem Wohngebiet von Karlowka.

Aus dem Bestand der 28. mechanisierten Brigade:

zwei Schützenpanzerwagen in der Nähe von Häusern in Taramtschuk.

Aus dem Bestand der 93. mechanisierten Brigade:

ein Schützenpanzerwagen in der Nähe von Wohnhäusern am östlichen Rand von Nowotroizkoje;

ein Schützenpanzerwagen in der Nähe von Wohnhäusern in Bogdanowka.

Es muss angemerkt werden, dass die ukrainische Führung nach der Ankündigung des bevorstehenden Treffens Selenskijs und Bidens die verbrecherische Tätigkeit zur Destabilisierung der Lage im Donbass verstärkt hat.

Das Kommando der ukrainischen Streitkräfte hat dem Kommando der OOS eine vollständige „Carte Blanche“ zur Durchführung beliebiger Provokation erteilt, unter der Bedingungen,

dass die OSZE die Fälle von Verstoß nicht erfasst.

Vor dem Hintergrund der Zunahme der Zahl der Beschießungen von Seiten der ukrainischen Streitkräfte hat das Kommando der operativ-taktischen Gruppierung „Ost“ dem 306. Bataillon für elektronische Kriegsführung vollständige Handlungsfreiheit für die Blockade der Arbeit der OSZE gegeben, um die Erfassung von Beschüssen und Stationierung von Militärtechnik in Wohngebieten zu verhindern.

Nachdem die Vorsitzende der OSZE-Mission A. Linde Informationen über zahlreiche Fälle der Behinderung von Drohnen der Mission erhalten hat und dieses Problem mit der ukrainischen Führung erörtert wurde, versuchte das Kommando der OOS die Verantwortung von sich abzuschieben, indem es die Schuld für die Blockade von zwei Langstreckendrohnen „Camcompter-S100“ und deren Absturz am 6. und 17. Mai 2021 auf den Kommandeur des 306. Bataillons für elektronische Kriegsführung schob.

Um einen Skandal zu vermeiden, erteilte der Kommandeur der OOS Anweisungen, das 306. Bataillon für elektronische Kriegsführung gegen das 502. Bataillon auszutauschen.

Krawtschenko hat den Einsatz von Mitteln der elektronischen Kriegsführung in der OOS-Zone unter persönliche Kontrolle genommen.

Das Kommando der OOS geht weiter Schritte zur Verschärfung der Lage im Donbass, wovon die Ankunft von Drohnenmannschaften zeugt.

Unsere Aufklärung hat die Ankunft von Drohnenmannschaften in der 58. und 93. Brigade zur Verfolgung und Kontrolle der Aktivitäten der OSZE-Mission sowie zur Aufklärung von Örtlichkeiten im Interesse des Zentrums für Spezialoperationskräfte „Ost“ festgestellt. Es ist die Aktivität von Drohnen auf den Positionen des 13. Bataillons der 58. Brigade im Gebiet von Galizynowka und in der 93. Brigade auf den Positionen des 2. Bataillons in der Nähe von Granitnoje festzustellen.

Wir lenken die Aufmerksamkeit der OSZE-Vertreter auf das Ignorieren des Mandats der Mission durch die ukrainische Seite sowie auf eine mögliche Aktivierung der Provokationen von Seiten der ukrainischen Kämpfer.

Nach Angaben unserer Aufklärung haben Mitarbeiter des militärischen Rechtsordnungsdienstes und des SBU bei einer außerplanmäßigen Kontrolle zwei Fälle von Besitz und Verbreitung von Drogen festgestellt.

So wurde in der 128. Brigade der Gefreite Gerassimenko festgenommen, bei der Durchsuchung seiner persönlichen Sachen wurden synthetische Drogen des Typs „Spice“ in einer Menge von 25 g entdeckt.

In der 58. Panzergrenadierbrigade haben Mitarbeiter der militärischen Rechtsordnungsdienstes den Soldaten Onischtschenko festgenommen, bei dem 10 g stark wirkenden Drogen vom Typ „LSD“ gefunden wurden.

Bei den Ermittlungen erklärten bei Festgenommenen, dass sie die Drogen von ihren Unteroffizieren erhalten haben.

Nach unseren Informationen nehmen die **nicht kampfbedingten Verluste** der Kämpfer der operativ-taktischen Gruppierung „Ost“ weiter zu.

Bei einer Kontrolle einer Kommission der Luftabwehr des Stabs der operativ-taktischen Gruppierung „Ost“ im 1. Bataillon der 93. Brigade fuhr ein Mechaniker/Fahrer eines Strela-10-Komplexes infolge der Verletzung von Sicherheitsbestimmungen bei der Ausführung von Normativen zur Einnahme von Positionen auf einen Soldaten, daraufhin wurde der Verletzte in das 66. militärmedizinische Hospital von Mariupol mit der Diagnose „Zertrümmerung des Unterschenkels“ eingeliefert.

Der Zugführer wurde mit dem Brigadekommandeur in den Stab der operativ-taktischen Gruppierung „Ost“ einbestellt, um von einer Kommission beurteilt zu werden, ob sie ihren Funktionen entsprechen.

de.rt.om: **Russland verlegt MiG-31K-Abfangjäger mit Kinschal-Hyperschall-Raketen**

nach Syrien

Russland hat erstmals MiG-31K-Abfangjäger mit Kinschal-Hyperschall-Luft-Boden-Raketen nach Syrien verlegt. Gleichzeitig hält Washington an der völkerrechtlich illegalen Präsenz von US-Truppen in Syrien fest. Begründung: Man müsse die "Syrischen Demokratischen Kräfte" gegen die Regierung in Damaskus unterstützen.

Russland stationierte zum ersten Mal zwei Abfangjäger vom Typ MiG-31K in Syrien. Der Jäger ist in der Lage, Kinschal-Hyperschall-Luft-Boden-Raketen mit einer Reichweite von rund 2.000 Kilometern zu tragen.

Die Mikojan MiG-31, die erstmals in der Sowjetunion gebaut wurde, ist ein Überschallflugzeug, das derzeit bei den Streitkräften in Russland und Kasachstan im Einsatz ist. Die MiG-31K-Flugzeuge, die in den Nahen Osten verlegt werden, wurden 2018 aufgerüstet, um die hochmoderne Kinschal-Rakete tragen zu können.

Die MiG-31K Abfangjäger nehmen an einer gemeinsamen Übung der russischen Marine und der Luftwaffe im östlichen Teil des Mittelmeers teil, wo sie sich anderen Kampfflugzeugen, Schiffen und U-Booten anschließen werden.

Die Abfangjäger vom Typ MiG-31K werden auf dem russischen Militärflugplatz Hmeimim in Syrien stationiert. Die Übung umfasst die Überprüfung der Fähigkeiten der Flugzeuge bei hohen Temperaturen und das Studium ihrer Leistung bei langen Flügen über dem Wasser.

Mit dem Ausbau des Militärflugplatzes Hmeimim, der eine Installation neuer Beleuchtungselemente und die Überarbeitung der Funkanlage umfasste, können nun alle russischen Flugzeugtypen dort starten und landen. Die zweite Landebahn wurde mittlerweile auch verlängert. Im vergangenen Monat hatte Russland die Tu-22M3 Langstreckenbomber in Hmeimim stationiert.

Russland ist ein langjähriger Verbündeter Syriens und seit dem Jahr 2015 um eine Beilegung des syrischen Konflikts bemüht, nachdem Moskau von der Regierung in Damaskus unter der Führung von Präsident Baschar al-Assad aufgefordert worden war, den Kampf gegen den Terror im Land zu unterstützen.

Damaskus hat seither fast 90 Prozent seines Territoriums mithilfe Russlands und des Iran zurückerobert und versucht nun, separatistische Bewegungen in Nordsyrien zu bekämpfen, die durch US-Besatzer unter dem Deckmantel der Bekämpfung des Islamismus unterstützt werden.

Illegale US-Militärpräsenz in Syrien

Ein hochrangiger US-Beamter sagte vor Kurzem, Washington sei verpflichtet, Truppen in Syrien zu halten, um den Terroristen des Islamischen Staates entgegenzuwirken und dabei seine Verbündeten, die sogenannten Syrischen Demokratischen Kräfte (SDF), gegen die Regierung in Damaskus zu stützen.

Die kurdische Selbstverwaltung Nord- und Ostsyriens (SDF) hatte bereits im August 2020 ein illegales Abkommen mit den USA das syrische Öl betreffend geschlossen, und seither werden die syrischen Ölvorkommen durch die USA und die Milizen in Nordsyrien geplündert.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.06/article/60d6d428b480cc2dfe60e004.jpg>

belta.by: Lukaschenko würdigte den bedeutenden Beitrag von Sjuganow zur Stärkung der vielschichtigen belarussisch-russischen Beziehungen

Der weißrussische Präsident Alexander Lukaschenko hat Gennadi Sjuganow, dem Vorsitzenden des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der Russischen Föderation und Fraktionsvorsitzenden der Kommunistischen Partei in der Staatsduma, zu seinem Geburtstag gratuliert, berichtet BelTA mit Bezug auf den Pressedienst des belarussischen Präsidenten.

"Ihre politischen Aktivitäten, Ihre hohe Autorität und Ihre Führungsqualitäten dienen der edlen Sache, öffentliche Interessen zu schützen, soziale Gerechtigkeit zu wahren und den Parlamentarismus in der Russischen Föderation zu stärken", sagte das Staatsoberhaupt.

Alexander Lukaschenko dankte Gennadi Sjuganow für die herzliche, aufrichtige Haltung gegenüber Weißrussland und dem weißrussischen Volk, den bedeutenden Beitrag, den er zur Stärkung der vielschichtigen weißrussisch-russischen Beziehungen leistet.



https://www.belta.by/images/storage/news/with_archive/2021/000019_1624715013_447826_big.jpg

snanews.de: Nord Stream 2: USA und Deutschland verhandeln über Hilfsmaßnahmen für Ukraine – Bloomberg

Angesichts der fast fertiggestellten Gaspipeline Nord Stream 2 verhandeln die USA und Deutschland über Maßnahmen, mit denen sie die Ukraine im Energiesektor unterstützen und Russland mit weiteren Sanktionen in Schach halten könnten. Das berichtet Bloomberg unter Verweis auf Quellen, die mit dem Vorgang vertraut sind.

Nach Angaben der Agentur ziehen Washington und Berlin auch die Möglichkeit von

Investitionen, die Kiew beim Bau eigener Kraftwerke helfen sollen, in Betracht. Zudem soll Deutschland seine Bereitschaft erklärt haben, mit Russland über die Verlängerung der Transitquote für die Ukraine zu verhandeln.

Die Vereinigten Staaten und Deutschland rechnen zudem mit der „Abschwächung der geopolitischen Vorteile für Moskau“ nach der Fertigstellung von Nord Stream 2. Darüber hinaus planen sie, beim Ausbau der Infrastruktur und der Erhöhung der Gaslieferungen aus der Ukraine zu helfen, heißt es laut Bloomberg.

Demnach wurde die Möglichkeit diskutiert, einen speziellen Mechanismus zu schaffen, der den Pipeline-Betrieb komplett zum Erliegen bringen könnte, falls Russland versuchen sollte, Druck auf die Ukraine auszuüben. Deutschland soll diese Maßnahme jedoch abgelehnt haben. Die USA wiederum seien sich nicht sicher, ob sich eine solche Idee technisch in die Tat umsetzen lasse.

Darüber hinaus berichtet Bloomberg, die Seiten wollten sich bis zum geplanten Besuch von Bundeskanzlerin Angela Merkel in den Vereinigten Staaten im nächsten Monat auf die wichtigsten Bestimmungen dieser Vereinbarungen einigen.

Nord Stream 2 fast fertig verlegt

Das Projekt umfasst den Bau von zwei Pipelines mit einer Gesamtkapazität von 55 Milliarden Kubikmeter Gas pro Jahr. Die Gasleitung soll von der russischen Küste durch die Ostsee nach Deutschland verlaufen.

Es ist vor allem Kiew, das aus Angst vor Einnahmeverlusten bei dem russischen Gastransit durch sein Territorium entschieden gegen die Pipeline eintritt. Auch die Vereinigten Staaten, die ihr Flüssigerdgas (LNG) in der Europäischen Union zu fördern versuchen, weisen das Projekt zurück. Im Dezember 2019 hatten die USA restriktive Maßnahmen gegen Unternehmen verhängt, die am Bau der russischen Gaspipeline beteiligt waren. Ein Jahr später wurde die Rohrverlegung wieder aufgenommen.

Nun ist Nord Stream 2 zum größten Teil fertiggebaut: Anfang Juni war der erste Strang der Gaspipeline in Betrieb genommen worden. Dieser wird mittlerweile für die Befüllung mit Gas vorbereitet. Der zweite Strang könnte wiederum in eineinhalb bis zwei Monaten fertiggestellt werden.

Moskau hat wiederholt dazu aufgerufen, die politische Instrumentalisierung der Situation zu unterlassen. Unter anderem verwies Moskau darauf, dass die Gaspipeline nicht nur für Russland, sondern auch für die Europäische Union vorteilhaft sei. Berlin hat ebenfalls immer für eine Fertigstellung plädiert und einseitige exterritoriale Sanktionen der USA abgelehnt.



https://cdn.snanews.de/img/07e4/0c/01/47905_0:170:3036:1878_1440x0_80_0_0_4f9815a29b6ea0d49fddd65f29816094.jpg

Neuinfektionen

In Russland wird die Corona-Lage noch dramatischer. Am Samstag meldeten die Behörden 21.600 Neuinfektionen innerhalb eines Tages - allein 8400 in Moskau. Nach Angaben von Gesundheitsminister Michail Muraschko sollen nun 2,5 Millionen Dosen des russischen Impfstoffs „Sputnik Light“ geliefert werden. Das Vakzin ist als Auffrischungsimpfung gedacht.

Für Reisende nach Deutschland sollen wegen der Corona-Lage in dem Riesenreich massive Einschränkungen gelten. Dem Robert Koch-Institut zufolge wird neben Russland auch Portugal am Dienstag als Virusvariantengebiet eingestuft, was ein weitreichendes Beförderungsverbot und strikte Quarantäneregeln zur Folge hat.

In Russland registrierten die Behörden am Samstag landesweit 619 Tote innerhalb von 24 Stunden im Zusammenhang mit dem Virus und damit so viele wie seit Ende Dezember nicht mehr. Die meisten Todesfälle (107) gibt es demnach in Sankt Petersburg, wo auch einige Spiele der Fußball-Europameisterschaft ausgetragen werden.

In Moskau waren laut Bürgermeister Sergej Sobjanin vor einer Woche schon fast 90 Prozent der Infektionen auf die Delta-Variante zurückzuführen. Über ganz Russland liegen jedoch bislang keine offiziellen Angaben vor.

Steigende Corona-Zahlen in Sankt Petersburg - mögliche Ursachen

In der Nacht zum Freitag feierten in der Millionenstadt Tausende Schüler ihren Schulabschluss vor der Eremitage – dem am Ufer des Newa-Flusses liegenden und zum UNESCO-Weltkulturerbe gehörenden Gebäudekomplex, der auch das gleichnamige Museum beherbergt. Die meisten seien ohne Schutzmaske zu sehen gewesen, berichtete der Radiosender Echo Moskwy. Auf den Straßen im Zentrum der Stadt waren nach Berichten mehrerer Medien Zehntausende Menschen unterwegs. Fotos und Videos zeigten, wie sie dicht gedrängt tanzten und in der Nacht ein großes Feuerwerk am Fluss Newa verfolgten. Medien schrieben zuvor, dass in Sankt Petersburg viele Krankenhäuser wegen Corona-Patienten überlastet seien. Die Behörden vertreten die Auffassung, dass die Fußball-EM und ein großes Wirtschaftsforum zu Monatsbeginn keinen Einfluss auf die Infektionslage genommen hätten.



https://cdn.snnews.de/img/07e5/03/1d/1488155_0:113:531:412_1440x0_80_0_0_ca0ce1f3419af8104fba63c43c2a0a29.jpg